

Monitoring KW 25

IHK-Umfrage zu Bürokratie

Eine IHK-Bürokratie-Umfrage unter Unternehmen zeigt deutlich höhere Belastung als vor fünf Jahren.

Sechs von zehn Unternehmen schätzen, dass sie ihre Wertschöpfung um mindestens zehn Prozent steigern könnten, wenn sie von unnötiger Bürokratie entlastet würden. Das ist das Ergebnis der aktuellen IHK-Bürokratie-Umfrage, an der 587 Unternehmen aller Größen und Branchen teilgenommen haben.

Nach Einschätzung der Betriebe hat die Belastung durch Bürokratie in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Auf einer Skala von eins bis zehn bewerten die Unternehmen die Belastung heute mit einer 7,8 - vor fünf Jahren lag dieser Wert noch bei 5,3.

„Wir brauchen eine 180-Grad-Wende und einen spürbaren Befreiungsschlag“, so IHK-Präsident Paal. Die IHK habe dazu mit Hilfe ihres Bürokratie-Tools Vorschläge erarbeitet, die nicht nur an der Oberfläche kratzten, sondern die Bürokratie strukturell abbauen sollen. Dazu gehört beispielsweise eine Genehmigungsfiktion in Kombination mit einer Vollständigkeitsfiktion.

Für die IHK-Bürokratie-Umfrage wurden in der Zeit vom 28. Mai und 7. Juni 2024 Unternehmen aller Größen und Branchen in der Region Stuttgart befragt. Vollständig ausgefüllt hatten 587 Unternehmen den Fragebogen.

KfW-Gründungsmonitor

Die wichtigsten Erkenntnisse:

Die Gründungstätigkeit in Deutschland war im Jahr 2023 geringfügig stärker als im Vorjahr. Die Zahl der Existenzgründungen nahm leicht auf 568.000 zu (+3 %). Auch im laufenden Jahr ist nur mit geringen gesamtwirtschaftlichen Impulsen zu rechnen. Die gesunkene Zahl der Gründungsplanungen 2023 wird die Gründungstätigkeit 2024 belasten.

Der Anteil von Gründerinnen an der Gründungstätigkeit ist 2023 auf 44 % gestiegen. Der Gründerinnenanteil schwankt allerdings teilweise stark, es ist weder ein positiver noch ein negativer Trend auszumachen.

Die Präferenz für die berufliche Selbstständigkeit ist auch 2023 auf niedrigem Niveau geblieben. Nur 24 % der erwachsenen Bevölkerung bis 67 Jahre würde die Selbstständigkeit gegenüber einer Anstellung grundsätzlich vorziehen.

Staatssekretär auf arbeitsmarktpolitischer Reise

Staatssekretär Rapp war auf arbeitsmarktpolitischer Reise zum Thema „Job-Turbo zur Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen“

Im Rahmen einer arbeitsmarktpolitischen Reise informierte sich Staatssekretär Dr. Patrick Rapp am 17. Juni über die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Mittelpunkt der Reise stand der Job-Turbo.

„Eine nachhaltige Integration in Ausbildung und Arbeit ist eine der tragenden Säulen der gesellschaftlichen Integration von ukrainischen Geflüchteten. Unser Ziel ist es, das enorme Potenzial für beide Seiten gewinnbringen zu nutzen. Der Job-Turbo ist hierbei ein wichtiges Instrument, um potenzielle Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammen zu bringen“.

Rapp besuchte mehrere Orte im Breisgau.

BEG IV: Bundeskabinett beschließt Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag

Die Bundesregierung hat heute eine von dem Bundesminister der Justiz Dr. Marco Buschmann vorgelegte Formulierungshilfe zur Ergänzung des Regierungsentwurfs für das Vierte Bürokratieentlastungsgesetz beschlossen.

Mit der Formulierungshilfe für einen Änderungsantrag zum Vierten Bürokratieentlastungsgesetz wird die Wirtschaft um rund 2,6 Millionen Euro pro Jahr Erfüllungsaufwand entlastet. Darüber hinaus hat insbesondere die vorgeschlagene Einführung der Textform im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz Entlastungseffekte für die Wirtschaft von rund 30 Millionen Euro jährlich, die lediglich aus methodischen Gründen nicht über das Instrument des Erfüllungsaufwands abgebildet werden können.

Künftig kann ein Arbeitsvertrag in der Regel vollständig digital abgeschlossen werden, zum Beispiel per E-Mail. Dies soll Zeit und Kosten sparen. Klar ist: Bürokratieabbau bleibt eine Daueraufgabe. Der Meseberger Bürokratieabbauprogramm soll mit einem Entlastungsvolumen von 3 Milliarden pro Jahr sollte auch für den nötigen Abbau von Bürokratie auf europäischer Ebene eine Blaupause sein.